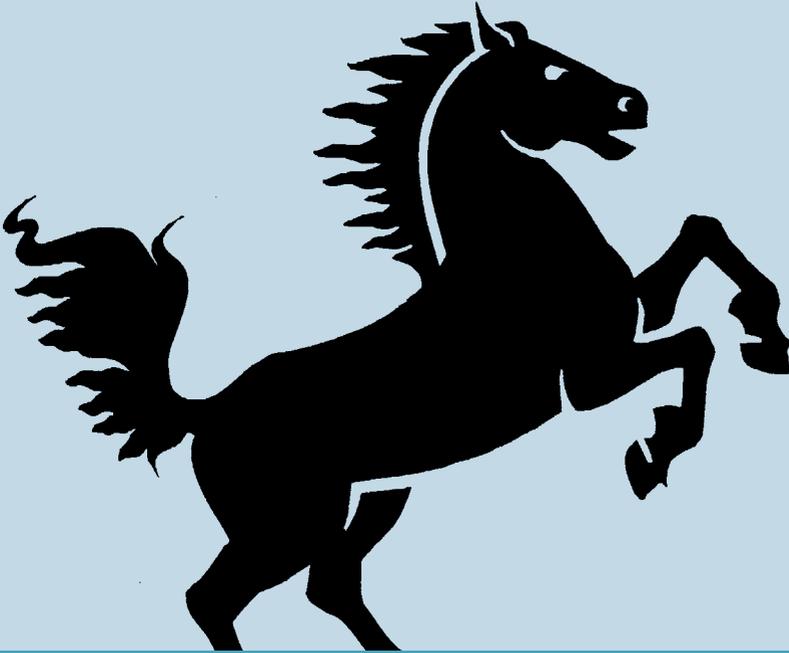




Kommunalwahl, 7. Juni 2009



# Wir sind besser.

Kommunalwahlprogramm  
der SPD Stuttgart 2009



[www.wir-sind-besser.de](http://www.wir-sind-besser.de)

# Mehr Stuttgart für alle.



## 1. Stuttgart: Lebens- und liebenswertes Zentrum von Baden-Württemberg

Stuttgart ist eine der schönsten, beliebtesten und erfolgreichsten Städte in Deutschland. Dies zeigen seit Jahren viele Befragungen und wissenschaftliche Vergleiche. Wir können stolz sein auf das gemeinsam Geschaffene. Stuttgart ist eine europäische Stadt mit einem unverwechselbaren Charakter. Diesen zu erhalten und in Einklang mit der rasanten gesellschaftlichen Entwicklung zu bringen, ist Aufgabe einer verantwortlichen Kommunalpolitik.

Stuttgart ist wirtschaftlicher und kultureller Mittelpunkt unseres Landes und der Region. Unsere Stadt ist Lebensmittelpunkt für 600 000 Menschen: Für Stuttgarterinnen und Stuttgarter, die hier geboren wurden oder aus mehr als 170 Herkunftsländern hierher gekommen sind. Wir sehen dies als

Chance und unterstützen das Zusammenwachsen aller Kulturen.

Wir werden alles tun, dass unsere Stadt ihrer Aufgabe als Landeshauptstadt und Zentrum von Baden-Württemberg gerecht wird. Dazu gehören die Pflege unserer einmaligen Landschaft, der zentralen Einrichtungen für Bildung, Kultur und Sport ebenso wie eine funktionierende Verkehrsinfrastruktur und die Voraussetzungen für erfolgreiches Wirtschaften mit dauerhaften Arbeitsplätzen.

Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten stellen uns den Herausforderungen von Gegenwart und Zukunft mit Blick für die Traditionen und kulturellen Besonderheiten unserer Stadt. Für die vor uns liegenden Jahre formulieren wir klare Ziele und setzen uns für deren Realisierung ein.

## 2. Öffentliche Daseinsvorsorge: Die Kernaufgabe der Stadt

Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten wollen, dass die Einrichtungen und Leistungen der Daseinsvorsorge allen Einwohnerinnen und Einwohnern von Stuttgart unabhängig von ihrer materiellen Leistungsfähigkeit zu angemessenen Preisen zur Verfügung stehen.

### 2.1. Städtische Dienstleistungen für Bürger und Betriebe

Die Bürgerinnen und Bürger sind auf gut funktionierende öffentliche Dienstleistungen ebenso angewiesen wie die Betriebe und Unternehmen. Öffentliche Infrastruktur und öffentliche Dienstleistungen sind Angebote und Einrichtungen der Daseinsvorsorge für Bevölkerung und Wirtschaft. Sie zu gewährleisten, ist Kernaufgabe der Stadt. Zu ihren unverzichtbaren Aufgaben gehören die Wasser- und Energieversorgung, die Müll- und Abwasserbeseitigung, der Nahverkehr, unser städtisches Klinikum, die städtischen Mineral- und Freizeitbäder, Bibliotheken, Friedhöfe, Altenheime und viele weitere soziale Dienste, insbesondere die Kinderbetreuung.

Die SPD steht zu den städtischen Betrieben, deren Aufgabe die Erbringung dieser Dienstleistungen ist. Die neoliberale Politik der Privatisierung lehnen wir ab. Stattdessen drängen wir darauf, dass die Produktivität städtischer Betriebe im Interesse der Bürgerinnen und Bürger weiterhin stetig verbessert

wird. Moderne Betriebsführung und laufende Steigerung der Produktivität muss im Zusammenwirken mit den Personal- und Betriebsräten erfolgen. Die Arbeitsbedingungen in städtischen Betrieben müssen insbesondere bei der Mitbestimmung und der Tarifbindung, bei der Zahl der Ausbildungsplätze und bei der Begrenzung der Zeitarbeit vorbildlich sein. Migrantinnen und Migranten müssen gleichberechtigten Zugang zu den Stellen in der Stadtverwaltung erhalten. Auch die Einhaltung höchster Umweltstandards gehört dazu. So sollen sich Klimaschutzziele nicht nur an den bestehenden Vorschriften orientieren, sondern an den technischen Möglichkeiten.

### 2.2 Die kommunale Selbstverwaltung ist Aufgabe und Verpflichtung

In den letzten Jahren wurde von Wirtschaftsverbänden, Teilen der Wissenschaft und insbesondere von konservativen Politikern und der EU-Kommission die Forderung erhoben, die Gemeinden sollten ihre Aufgaben und Betriebe in private Hände legen.

Die SPD Stuttgart steht der Privatisierung städtischer Dienstleistungen ablehnend gegenüber. Denn die Auswirkungen des neoliberalen Dogmas sind bereits zu besichtigen, etwa der Niedergang des britischen Eisenbahn- und Busverkehrs nach der Privatisierung oder die Kostenexplosion auf dem französischen Wassermarkt nach dessen erzwungener Öffnung.

Grundsätzlich vertritt die SPD die Auffassung, dass die Antwort auf die Fra-

ge, ob „kommunal oder privat“, nicht von der Europäischen Union, sondern durch die Stadt und ihren Bürgerinnen und Bürger selbst beantwortet werden muss. Die Entscheidungen über die Erbringung von Dienstleistungen für die Bürgerschaft und das „Wie“ ihrer Erledigung sind Sache der grundgesetzlich garantierten kommunalen Selbstverwaltung. Daran halten wir fest.

### **2.3 Endlich im Blickpunkt: Energie- und Wasserversorgung**

Der Ausstieg der Stadt aus der Energie- und Wasserversorgung war aus heutiger Sicht eine falsche politische Entscheidung, die für die Zukunft große Risiken enthält. Die von starken Kräften in der EU angestrebte Liberalisierung

der Wasserversorgung und die damit verbundene Abhängigkeit von internationalen Konzernen und Finanzanlegern lehnen wir ab.

Politisch muss erreicht werden, dass die Wasserversorgung wieder unter öffentlicher Regie in Verantwortung der Stadt betrieben wird. Wir wollen, dass die Stadt ihre früheren Anteile an den Zweckverbänden der Bodensee- und der Landeswasserversorgung zurückkauft. Entsprechende Verhandlungen mit der Energie Baden-Württemberg AG (EnBW) sind alsbald zu führen.

Wir wollen auch, dass die Landeshauptstadt ihren Einfluss in der örtlichen Energie- und Wasserversorgung wieder herstellt und das Eigentum an den



Netzen für Wasser, Strom und Gas von der EnBW erwirbt. Dies hat die SPD-Gemeinderatsfraktion durch ihre Initiativen auf den Weg gebracht.

Die SPD tritt für die Bildung eines kommunal beherrschten Unternehmens der Wasser- und Energieversorgung für Stuttgart ein. Nach Prüfung aller wirtschaftlichen und rechtlichen Fragen wollen wir bis spätestens zum Zeitpunkt der Neuvergabe städtischer Konzessionen 2013 dazu Entscheidungen herbeiführen. Dabei wollen wir auch die Möglichkeit eines Bürgerentscheids prüfen.

Für diese Ziele sind wir bereit, die Erlöse aus dem Verkauf der Neckar-Werke Stuttgart (NWS) zu verwenden. Auch einen kreditfinanzierten Rückkauf bzw. Erwerb schließen wir nicht aus.

## **2.4 Kommunalpolitik im Zeichen der Finanz- und Wirtschaftskrise**

Die Kommunalpolitik in einer der wirtschaftlich stärksten Regionen Europas wird wegen der Exportabhängigkeit unserer Unternehmen in besonders starkem Maße durch die internationale Finanz- und Konjunkturentwicklung beeinflusst. Der Gefahr des Abbaus von Arbeitsplätzen infolge der Wirtschaftskrise ist durch verstärkte Investitionen der Öffentlichen Hand – also auch der Stadt – entgegenzuwirken. Bei der Vergabe von Aufträgen werden wir besonders darauf achten, dass sie der Stabilisierung der örtlichen Wirtschaft und dem Erhalt von Arbeitsplätzen hier in Stuttgart und der Region dienen. Prekäre Arbeitsverhältnisse

außerhalb der Tarifverträge müssen dabei vermieden werden.

Unter den Bedingungen der Krise der Finanzmärkte und der Automobilindustrie ist mit vorübergehend geringeren Steuereinnahmen zu rechnen. Ein vorübergehender Anstieg der Verschuldung ist dann gerechtfertigt, wenn die Ausgaben in Projekte fließen, die in der Zukunft ohnehin notwendig sind und zur Stärkung der Nachfrage vorgezogen werden. Dabei sind Investitionen in unsere Bildungs- und Erziehungseinrichtungen und in den Klimaschutz absolut vorrangig.

## **3. Soziale Kommunalpolitik und kommunale Sozialpolitik: Zwei Seiten einer Medaille**

Die Kommunalpolitik trägt große Verantwortung für die sozialen Belange in unserer Stadt. Sie ist nicht allein zuständig für die Umsetzung der Sozialgesetze – die Stadt ist auch gefordert, wenn es um die Eingliederung von Menschen mit Behinderungen, von Wohnsitzlosen oder von Menschen mit Suchterkrankungen geht. Ganz allgemein: Die Stadt ist immer dann gefordert, wenn Menschen in Not geraten sind oder zeitweise spezifischer Unterstützung bedürfen.

### **3.1 Unterstützung für Menschen mit Hilfebedarf**

Deshalb braucht es neben den „harten“ Infrastrukturmaßnahmen wie Straßen auch eine soziale Infrastruktur. Sozialpsychiatrische Dienste, Arbeitskreis

Leben (AKL), Krankenhaussozialarbeit, Flüchtlingsbetreuung, Hospiz, Frauenhäuser, Suchtberatung, Schuldnerberatung, Zentrum für selbst bestimmtes Leben, familienentlastende Dienste: die Arbeit dieser Dienste und der dahinter stehenden Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen ist elementar für ein

### **3.2 Neue Konzepte im demografischen Wandel**

Die ältere Generation hat heute andere Bedürfnisse und vielfältigere Lebensentwürfe als frühere Generationen. Der demografische Wandel verlangt deshalb neue Konzepte in der Stadtgestaltung,



Gemeinwesen. Soweit erforderlich, werden diese Dienste für den gestiegenen Bedarf ausgebaut werden müssen.

Generell muss gelten, dass die subsidiär wirkenden freien Träger eine hinreichende finanzielle Grundlage erhalten. Die Dienste sind uns auch deshalb ein besonderes Anliegen, weil sie zumeist von kleinen Trägern verantwortet werden, die bis an ihre Grenzen und mit einem erheblichen Einsatz von Ehrenamtlichen ihre wertvolle und wirkungsvolle Arbeit leisten.

den Infrastrukturangeboten und bei der Hilfestellung für die betagten Bürgerinnen und Bürger.

Ihr Unterstützungsbedarf wird steigen. Es gilt, ein neues Miteinander der Generationen zu organisieren und zu begleiten. Dazu gehört auch ein Angebot, das der besonderen Situation älterer Migrantinnen und Migranten gerecht wird.

Wir haben in unserer Stadt ein dichtes Netz an Begegnungsstätten

und Dienstleistungsangeboten für ältere Menschen. Diese werden die Anforderungen der Zukunft jedoch nur bestehen, wenn sie bedarfsgerecht weiterentwickelt werden. Alter darf aber nicht nur unter dem Stichwort Hilfebedarf gesehen werden. Wir brauchen die aktive Beteiligung und Lebenserfahrung älterer Menschen im alltäglichen Miteinander und im Ehrenamt für die Gemeinschaft.

### **3.3 Barrierefreiheit im öffentlichen Raum**

Um auch bei Mobilitätseinschränkungen lange im häuslichen Umfeld bleiben zu können, ist ein barrierefreies und dichtes Netz des öffentlichen Nahverkehrs genauso wichtig wie der Erhalt der Nahversorgung und ein neues Miteinander von Jung und Alt im Stadtteil. Insgesamt stellt sich die Herausforderung, flexiblere Wohnmodelle anzubieten, um für die im Laufe eines Lebens sich verändernden Lebensumstände mit passenden Wohnsituationen gerüstet zu sein. Darüber hinaus ist eine grundsätzliche Barrierefreiheit in allen wichtigen Ämtern, Dienststellen, Kultur-, Bildungs- und Sporteinrichtungen bei Sanierungen und Neubauten umzusetzen.

### **3.4 Keine Benachteiligungen für Menschen mit Handicaps**

Die SPD wird sich weiterhin der Tendenz entgegenstellen, dass Menschen mit Handicaps zusätzlich benachteiligt werden. Menschen mit Behinderungen müssen die Möglichkeit erhalten, tatsächlich selbstbestimmt zu leben.

Für die zahlreichen Aufgaben der Behindertenarbeit sind neben qualifizierten städtischen Diensten dabei auch die subsidiär wirkenden freien Träger erforderlich.

## **4. Gute Bildung und Teilhabechancen für alle**

Gute Bildung für alle entscheidet nicht nur über die Zukunft unserer Landeshauptstadt, sondern auch über die Perspektiven und Teilhabechancen jedes Einzelnen. Für ein zukunftsfähiges und lebenswertes Stuttgart setzen wir auf die Talente und Fähigkeiten aller Stuttgarter Kinder und Jugendlichen, unabhängig von nationaler und sozialer Herkunft. Kinder und Jugendliche müssen individuelle Förderung und Begleitung erhalten, die sich an ihrem jeweiligen persönlichen und familiären Bedarf orientiert.

### **4.1 Sprache als Schlüssel zur Integration**

Über die Hälfte aller Stuttgarter Kinder und Jugendlichen kommen aus Einwanderungsfamilien. Das Erlernen der deutschen Sprache ist für alle eine wesentliche Grundlage für die erfolgreiche Beteiligung in unserer Gesellschaft. Die SPD fordert deshalb integrative Konzepte der Sprachförderung an allen Bildungseinrichtungen. Dies schließt ein die Förderung von Mehrsprachigkeit und die Weiterentwicklung von Kindergärten, Schulen und Einrichtungen der Jugendhilfe zu Orten der kulturellen Vielfalt, Toleranz und Beteiligung. Wir fordern aber auch die verpflichten-

de Mitwirkung der Eltern, insbesondere an der Sprachförderung, ein.

#### **4.2 Mehr Betreuungsplätze für Kleinkinder und gebührenfreie Kindergärten**

Unsere Stadt braucht Familien, die verantwortliche Erziehung ihrer Kinder und berufliche Tätigkeit miteinander in Einklang bringen können. Der rasche Ausbau von hochwertigen Bildungs- und Betreuungsangeboten hat für die SPD höchste Priorität. Die SPD fordert für alle Eltern mit Bedarf professionelle Ganztagesangebote für Kinder und Jugendliche im Alter von 0 bis 16 Jahren. Die Wirtschaft ist gefordert, dabei ihren Beitrag für familienfreundliche Arbeitsplätze zu leisten.

Die SPD will sicherstellen, dass ausreichend Plätze für alle Kinder bis zu zwei Jahren verfügbar sind. Wir wollen den Versorgungsgrad mit Plätzen für die frühkindliche Betreuung bis 2013 in Stuttgart auf 75 Prozent erhöhen. Wer mehr Chancengleichheit im Bildungsbereich will, muss außerdem dafür Sorge tragen, dass nicht nur 85 Prozent – wie heute –, sondern möglichst alle Kinder in den Genuss der vorschulischen Bildung kommen. Um dieses Ziel besser erreichen zu können, hat die SPD im Gemeinderat vorgeschlagen, mindestens das erste Kindergartenjahr von Elternbeiträgen freizustellen. Leider konnten wir dafür zunächst keine Mehrheit erreichen. Das Ziel bleibt dennoch richtig und wird von uns nach der Kommunalwahl bei veränderten Mehrheitsverhältnissen weiterverfolgt. Längerfristig müssen Kindertagesstätten wie

Schulen von Elterngebühren gänzlich freigestellt werden. Dabei stehen wir auch für die weitere Verbesserung der Betreuungsqualität. Wir wollen die Personalschlüssel verbessern und Gruppengrößen verkleinern. Ganztagesangebote müssen auch in allen Ferien und zu ungünstigen Arbeitszeiten zugänglich sein.

Familien brauchen Anlaufstellen für Austausch, Kontakte, Angebote der Elternbildung und Beratung. Die SPD fordert deshalb die Einrichtung von mindestens einem Familienzentrum in jedem Stadtbezirk. Dadurch sollen frühe Hilfen ausgebaut und vernetzt, die Erziehungskompetenz von Eltern gestärkt sowie aufsuchende Beratung und wohnortnahe Unterstützung ermöglicht werden.

#### **4.3 Kooperation und lokale Bildungslandschaften**

Kindertagesstätten und Schulen sind zusammen mit Familien- und Jugendarbeit entscheidend für das gelingende Aufwachsen von Kindern und Jugendlichen. Als Orte des kulturellen und sozialen Zusammenlebens benötigen sie die aktive Mitwirkung und Beteiligung von Schülern, Eltern und Einrichtungen im Gemeinwesen. Wir fordern im Rahmen des „Stuttgarter Wegs für Bildung und Betreuung“ den Aufbau lokaler Bildungspartnerschaften in der Stadt Stuttgart und in den Stadtbezirken. Darin einbezogen werden müssen Kindertagesstätten, Schulen, Jugendarbeit, Bildungsträger sowie andere kulturelle und soziale Einrichtungen.

#### **4.4 Neuausrichtung der Bildungspolitik**

Die Landeshauptstadt Stuttgart als wichtigster Schulträger im Land muss von der Landesregierung eine Bildungspolitik einfordern, mit der die weitere Ausgrenzung von Kindern und die Verschärfung sozialer Unterschiede gestoppt werden. Das erfordert zuallererst kleinere Schulklassen und eine bessere Lehrerversorgung sowie ein verpflichtendes 10. Schuljahr mit mittlerem Bildungsabschluss. Die SPD fordert darüber hinaus die Einführung von Ganztageschulen und die generelle Abschaffung des dreigliedrigen Schulsystems. Kurzfristig müssen die Kommunen als Schulträger mehr Rechte erhalten, um im Rahmen ihrer Budgetverantwortung eigenständige Profile entwickeln und Lehrkräfte einstellen zu können. Gymnasien müssen dazu die Möglichkeit erhalten, parallel zum G8 auch G9-Züge anzubieten.

#### **4.5 Flächendeckende Ganztagesangebote und Schulsozialarbeit**

Die SPD versteht Bildung als umfassenden Prozess der Entwicklung von Kindern und Jugendlichen. Stuttgart muss seine Schulen zu sozialen Bildungs- und Lernzentren verändern, in deren Mittelpunkt die Bedürfnisse der Schülerinnen und Schüler stehen. Ziel ist die integrative und individuelle Förderung aller Schülerinnen und Schüler entsprechend ihrer Begabung und ihren Fähigkeiten. Wir wollen für jede Stuttgarter Schule mindestens eine Vollzeitstelle für die von freien Trägern durchgeführte Schulsozialarbeit.

Ganztagesangebote benötigen innovative Konzepte, die von einem integrativen Bildungsbegriff mit vielfältigen Bildungsorten ausgehen. Alle Stuttgarter Schulen müssen perspektivisch mit verbindlichen Ganztagesangeboten, Mittagessen, professioneller Hausaufgabenhilfe und Betreuung ausgestattet werden. Dazu müssen Angebote der sportlichen, musischen, kulturellen und politischen Bildung ausgebaut werden. Alle Kindertagesstätten und Schulen sowie Organisationen der außerschulischen Bildung sollen eigene Budgets erhalten, um Regelangebote dauerhaft und unabhängig von Projektfinanzierungen anbieten und aufeinander abstimmen zu können.

#### **4.6 Förderung der Jugendarbeit als Ort der Bildung und Betreuung**

Die Entwicklung und Förderung von Kindern und Jugendlichen ist nicht nur Aufgabe von Kindertagesstätten und Schulen. Einrichtungen der Jugendhilfe haben einen eigenständigen Bildungsauftrag und ermöglichen wichtige Chancen der Entwicklung und Teilhabe. Sie werden deshalb von der SPD als gleichwertige und verlässliche Partner der Bildung und Betreuung angesehen. Die Jugendarbeit mit ihren auf Freiwilligkeit und Beteiligung angelegten Angeboten sowie den Lern- und Erfahrungsräumen unter Gleichaltrigen benötigt eine verlässliche Regelförderung. Vor allem als Nahtstelle für den Übergang von der Schule in den Beruf ist Jugendarbeit unerlässlich und muss in jedem Stadtteil eingesetzt werden.

#### **4.7 Modernisierung und hochwertige Ausstattung von Schulen**

Alle Stuttgarter Schulen benötigen ausreichende und zweckmäßige Schulgebäude, in denen sich moderne Bildungskonzepte verwirklichen lassen. Dazu gehören Gruppenräume, Lehrerarbeitsplätze, moderne Infrastruktur und Technik sowie ausreichend Plätze für Sport- und Freizeitaktivitäten. Zur Modernisierung der Schulen fordern wir ein deutlich aufgestocktes weiteres Ausbauprogramm sowie ausreichende personelle Ausstattung der für Planung und Durchführung zuständigen Abteilungen in der Stadtverwaltung.

#### **4.8 Armut von Kindern überwinden, gleiche Chancen für alle!**

In unserer wohlhabenden und kinderfreundlichen Stadt Stuttgart darf kein Kind aus Armut um seine Bildungschancen gebracht werden. Dazu fordern wir weitere Maßnahmen zur materiellen Grundsicherung von Familien, insbesondere kostengünstige hochwertige Mittagessen. Kinder aus einkommenschwachen Familien müssen vollständige Lernmittelfreiheit und kostenlose individuelle Förderung erhalten.

#### **4.9 Kein Jugendlicher darf ohne Ausbildung bleiben**

Bildung endet nicht mit dem Schulabschluss. Berufliche Bildung vermittelt zentrale Kompetenzen für Erwerbsarbeit, materielle Unabhängigkeit und Identität junger Menschen. Jeder Stuttgarter Jugendliche muss deshalb die Chance auf einen grundlegenden schu-

lischen Abschluss und eine berufliche Ausbildung erhalten. Die SPD fordert deshalb neben schulischen Nachqualifizierungen eine ausreichende Anzahl von betrieblichen und betriebsnahen Ausbildungsplätzen in Zusammenarbeit von Betrieben, Stadt, Arbeitsagentur und örtlichen Bildungsträgern. Städtischen Auszubildenden ist die Übernahme auf unbefristete Stellen anzubieten. Erfolgreiche Modelle wie die assistierte Ausbildung und die Produktionsschulen müssen eingeführt und bedarfsgerecht ausgebaut werden.

#### **4.10 Lebenslanges Lernen: Unerlässlich für die Arbeitswelt der Zukunft**

Der so genannte „zweite Bildungsweg“ bietet einer großen Zahl von Stuttgarter Bürgerinnen und Bürgern Bildungschancen über nachgeholt Schulabschlüsse. Die Stadt Stuttgart muss diesen Bildungsgängen dauerhaft gute Rahmenbedingungen zur Verfügung stellen sowie die Förderung der Angebote erhöhen.

Weiterbildung stärkt im lebenslangen Lernen die politische und kulturelle Kompetenz. Sie leistet einen wichtigen Beitrag zur beruflichen Qualifizierung und damit auch zur Sicherung vorhandener Arbeitsplätze. Diese vierte Säule des Bildungswesens benötigt deshalb durch das Land und die Stadt eine verstärkte Förderung. Weiterbildung muss für die Nutzer finanziell attraktiv und leicht zugänglich sein. Dazu fordern wir, ein strukturiertes Netzwerk unter Federführung der Volkshochschule aufzubauen und zu finanzieren. Stuttgart ist bundesweit die Großstadt

## 5. Stuttgart: Stadt der Arbeit, Wissenschaft und Forschung – Stadt der Innovationen

mit der niedrigsten Arbeitslosenquote. Die aktuelle Wirtschaftskrise erfordert entschlossene und wirksame Maßnahmen, damit dies so bleibt.

### 5.1 Für eine aktive Beschäftigungspolitik

Die SPD im Rathaus wird sich dafür einsetzen, dass die Stadt alle ihre Möglichkeiten zur Schaffung und Sicherung von Arbeitsplätzen nutzt. Eine wichtige Rolle spielen dabei die Programme zur öffentlich geförderten Beschäftigung von Menschen, die ansonsten nur geringe Chancen auf dem Arbeitsmarkt besitzen. Dies gilt insbesondere für

jugendliche Berufseinsteiger, ältere Beschäftigte und Ungelernte. Ihre Probleme am Arbeitsmarkt können häufig nur durch aktive Maßnahmen des Staates und der Gesellschaft gelöst oder gemindert werden. Für sie sind Beschäftigungs-, Qualifizierungs- und Weiterbildungsprogramme anzubieten und auszubauen.

Dabei sollte die Stadt auf den Einsatz von „Ein-Euro-Jobs“ wegen deren zweifelhaften Nutzens für die Betroffenen verzichten. Ein wichtiges Ziel beschäftigungspolitischer Maßnahmen der Stadt muss es sein, diese sozialversicherungspflichtig anzulegen. Die örtlichen Job-Center müssen bei der Vergabe von Mitteln die Gleichstellung von Frauen und Männern auf dem Arbeitsmarkt vorantreiben.



## **5.2 Wirtschaft und Wissenschaft besser vernetzen**

Die Ansiedlungspolitik der Stadt muss das Ziel verfolgen, in besonderer Weise Existenzgründer zu fördern und bereits in Stuttgart vorhandene zukunftsfähige Branchen zu stärken. Wir unterstützen ausdrücklich die erfolgreiche Initiative der Region zur Schaffung von Kompetenz- und Innovationszentren. Bei Wirtschaftsförderung und -marketing kommt dem Zusammenwirken mit der Region eine Schlüsselfunktion zu. Die verbesserte Zusammenarbeit von städtischer und regionaler Wirtschaftsförderung ist weiter zu intensivieren.

In der Wissensgesellschaft ist die Vernetzung von Hochschulen, Wissenschaftsinstitutionen und Forschungseinrichtungen mit der Wirtschaft besonders wichtig. Neue Produkte und Unternehmensideen aus der Forschung und den angewandten Wissenschaften bergen die Arbeitsplätze von morgen, gerade auch im Hinblick auf den Mittelstand. Stuttgart besitzt ein großes Potenzial von Forschungs- und Entwicklungseinrichtungen; dagegen wird ein nicht ausreichender Wissenstransfer insbesondere in die kleineren und mittleren Unternehmen beklagt.

Diesem Mangel ist durch eine aktive Rolle der Stadt entgegenzuwirken. Ziel sozialdemokratischer Politik ist die Zusammenarbeit von Wissenschaft, Forschung und Entwicklung auf allen Ebenen und die Bereitstellung notwendiger Infrastruktur, damit das Wissen auch der Schaffung von zukunftsfähigen Arbeitsplätzen dient.

Stuttgart ist für tausende Studierende der vorübergehende Wohnort. Ideen werden geboren, junge Menschen entwickeln sich zu ausgebildeten Akademikern. Wir werden uns dafür einsetzen, dass weiterer günstiger Wohnraum angeboten wird. Von den Studierenden wird häufig aufgrund von Hochschulkooperationen eine hohe Mobilität zwischen Standorten erwartet. Wir wollen die Flexibilität und Mobilität der Studierenden unterstützen und setzen uns für ein zusätzliches Studierendenticket ein, welches die Hochschulstandorte Stuttgart, Tübingen, Reutlingen, Esslingen und Göppingen verbindet.

## **5.3 Stuttgart als attraktives Touristikziel**

Exportorientierte Unternehmen, Kultur, Sport, Architektur, Messen, Feste, Wein und Mineralquellen sind wichtige Bausteine für unseren erfolgreichen Stadt-tourismus. Davon profitieren Hotellerie, Gastronomie und Einzelhandel. Ihnen sind wir auch künftig ein verlässlicher Partner. Wir wollen, dass Stuttgart seine Stärken als weltoffene, attraktive Stadt ausbaut und die Chancen für weiteres Wachstum aktiv nutzt.

## **6. Großstadt Stuttgart – im Stadtbezirk zu Hause**

Die hohe Lebensqualität Stuttgarts beruht nicht zuletzt auf der dezentralen Gliederung unserer Stadt. Stadtbezirke und Stadtteile sind Orte mit Geschichte. Mit ihnen identifizieren sich die dort wohnenden Bürgerinnen und Bürger.



## **6.1 Stadtbezirke mit hoher Lebensqualität**

Die Politik der SPD ist darauf ausgerichtet, in allen Stadtteilen eine hohe Lebensqualität zu sichern. Dazu gehört ein funktionierender Einzelhandel vor Ort, den wir in seinen Bemühungen um eine attraktive Infrastruktur unterstützen, ein flächendeckendes Angebot an medizinischen Dienstleistungen, Räume für bürgerschaftliches Engagement, ein umfassendes kulturelles Angebot sowie der Erhalt der Bezirksrathäuser in ihrer Funktion als dezentrale Verwaltungs- und Anlaufstellen. Großflächigen Einzelhandel außerhalb der Zentren lehnen wir ab. Unsere Stadtbezirke müssen erhalten und gestärkt werden, um auch Zugezogenen die Identifikation mit und in den Stadtteil zu erleichtern. Dies erfordert auch eine faire Gewichtung der verfügbaren Finanzen der Stadt.

Unsere Stuttgarter City ist das pulsierende Aushängeschild der lebendigen Stadtmitte. Die Mischung aus Aufenthalts- und Einkaufsqualität, Kulturangeboten, erlebbarer Topographie und gepflegten Frei- und Grünflächen macht zum Beispiel aus der Königstraße eine der am stärksten frequentierten Fußgängerzonen Deutschlands. Trotzdem müssen wir nicht nur auf die wirtschaftliche Bedeutung der City und ihr Image, sondern auch auf die Wohnqualität und Sozialverträglichkeit achten. Besonders wichtig ist uns die Gewährleistung eines hohen Maßes persönlicher Sicherheit und des Schutzes vor Kriminalität. Die Entscheidung der Landesregierung, in Stuttgart mehr

als zehn Prozent der Polizeistellen zu streichen, ist widersprüchlich und kontraproduktiv. Die SPD in Stuttgart lehnt diese Entscheidung ab, weil sie zu einer Reduzierung der Sicherheit führen wird. Die Polizeipräsenz im Stadtbezirk und die Kriminalitätsprävention sind unverzichtbar.

## **6.2 Vielfalt und Qualität: Kultur und Sport in Stuttgart**

Spitzenkultur und Spitzensport haben ihre Basis in den Stadtbezirken und in den Vereinen. Wir alle können stolz sein auf die Menschen, die mit Kreativität und Organisationsgeschick ihren Beitrag zu einer erfolgreichen Arbeit in ihren Vereinen, Initiativen und Organisationen leisten. Wir unterstützen die Arbeit der kulturtreibenden Vereine, der Sportvereine, der Freiwilligen Feuerwehren und vieler ehrenamtlicher Gruppen durch unsere Initiativen. Ihre ideelle und finanzielle Förderung ist uns wichtig.

Der Ausbau der Einrichtungen für Sport und Kultur in den Stadtteilen hat hohe Priorität. Die finanzielle Förderung durch die Stadt muss dazu beitragen, dass die Infrastruktur für kulturelle und sportliche Betätigung bedarfsgerecht geschaffen, ausgebaut und erhalten sowie die ehrenamtliche Mitarbeit möglichst vieler Menschen unterstützt wird. Sozialdemokratische Politik für die Stadtteile bedeutet Förderung des gesellschaftlichen Zusammenhalts aller Generationen und gesellschaftlicher Gruppen. Bürgerschaftliches Engagement steht dabei im Mittelpunkt und wird von uns gefördert.



Das friedliche Zusammenleben der Menschen in Stuttgart, gleich welcher Herkunft, sozialen Status' und Nationalität, erfordert eine gezielte Förderung und ein gemeinsames Selbstverständnis. Integrationspolitik leistet dazu einen wichtigen Beitrag. Sie ist nicht nur Aufgabe des Staates, sondern in besonderer Weise auch der Stadt. Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten bekennen uns zu dieser Aufgabe und werden auch in den kommenden Jahren hier einen wichtigen Schwerpunkt setzen. Denn in Stuttgart sollen auch künftig Frauen und Männer unterschiedlicher Lebensstile, sexueller Orientierung und verschiedener Herkunft und Religion gleichberechtigt zusammenleben. Für Hilfe-Empfänger ist die Teilhabe am kulturellen Leben durch Kostenersatz sicherzustellen.

### **6.3 Demokratie im Stadtbezirk: Bezirksbeiräte stärken**

Zu starken Stadtteilen gehören starke und kompetente Bezirksbeiräte. Ihre Arbeit wird von uns respektiert, unterstützt und mitgestaltet. Sie sind die im Ort verwurzelten Fachleute, die wissen, wo der Schuh drückt und was für das Zusammenleben im Stadtbezirk notwendig ist.

Die Stadt und ihre Stadtbezirke stehen vor neuen Herausforderungen, denen wir uns stellen. So führen der gesellschaftliche und soziale Wandel, die demografische Entwicklung und die Internationalisierung zu weiteren Aufgaben für die Bezirksbeiräte, Bezirksvorsteherinnen und Bezirksvorsteher. Nach dem Motto von Willy Brandt „Mehr Demokratie wagen“ halten wir es für sinnvoll, künftig von der in der Gemein-

deordnung von Baden-Württemberg verankerten Möglichkeit Gebrauch zu machen, die Bezirksbeiräte direkt von der Bevölkerung – parallel zur Gemeinderatswahl – wählen zu lassen.

Grenzen einer Zuständigkeitserweiterung für die Stadtbezirke liegen im Budgetrecht des Gemeinderats und in dessen Aufgabe, politische Entscheidungen zu treffen, welche die Stadt als Ganzes bzw. mehrere Stadtbezirke betreffen. Stuttgart bleibt deshalb auch in Zukunft eine einheitliche Großstadt mit einem starken Gemeinderat. Die Diskussion über die Weiterentwicklung demokratischer Mitwirkungsmöglichkeiten der Bevölkerung ist im Gange. Im Laufe der nächsten Wahlperiode des Gemeinderats wollen wir darüber eine Entscheidung herbeiführen.

## 7. Stuttgart: Hauptstadt des Landes und Kern der Region

Die Großstädte in einem Europa der offenen Märkte und Gesellschaften stehen vor neuen Herausforderungen, auf die jede Stadt individuell antworten muss. Dazu kommt der noch rasantere demografische Wandel in den nächsten Jahrzehnten. Wir wollen Stuttgart durch eine vorausschauende Stadtentwicklungsplanung auf künftige Veränderungen vorbereiten.

### 7.1 Eine nachhaltige Stadtentwicklung

Dazu gehört das architektonische Bild der Innenstadt, das weiterhin sorgfältig und unter Wahrung der Stuttgarter Maßstäbe modernisiert werden

soll. Die einzigartige, wunderschöne Lage unserer Stadt wollen wir durch intensive Pflege der Aussichtsflächen, der Gehwegeverbindungen und der zahlreichen Plätze unterstreichen. Mit dem Stadtentwicklungskonzept für Stuttgart (STEK) ist der Auftakt für eine frühzeitige Mitsprache der Bürgerinnen und Bürger gemacht. Dieser Ansatz muss weitergeführt werden. Die Ideen zum Schutz von Naherholungsflächen durch einen Filderpark und einen Landschaftspark Neckar wollen wir weiterentwickeln und zur Grundlage künftiger Planungen machen.

Viele Hanglagen dienen der Versorgung der Innenstadt und der Stadtteile mit frischer Luft. Diese Frischluftschneisen sind für Gesundheit und Wohlbefinden unverzichtbar und deshalb von Bebauung frei zu halten.

Für die Stadtentwicklung gilt für uns das Prinzip der Innen- vor der Außenentwicklung. Wohnen und Gewerbe wollen wir auf bereits erschlossenen Gebieten ansiedeln.

### 7.2 Mobilitätsprobleme lösen: Verkehrsarten vernetzen

Obwohl die meisten Menschen Mobilität wünschen, leiden viele an der Belastung durch den Autoverkehr. In einer immer arbeitsteiliger werdenden Welt wächst die Mobilität der Menschen unweigerlich. Sozialdemokratische Verkehrspolitik setzt sich soziale, gesundheitliche und ökologische Ziele. Dazu gehören die Vermeidung von Verkehr und von Versiegelung von Grünflächen. Notwendiger Straßenbau soll nicht

nur der Mobilität, sondern auch dem Schutz der Bevölkerung dienen; etwa bei der Bündelung des Verkehrs und beim Lärmschutz.

Die Interessen von Fußgängern und insbesondere von Kindern und Fahrradfahrern müssen gleichrangig mit denen der Kraftfahrzeuge in die Straßengestaltung Eingang finden. Dazu gehören Sicherheit und verbesserte Attraktivität der Fußwege sowie ein Fahrradwegenetz mit durchgängigen Verbindungen ohne Behinderungen. Wir wollen das Radwegenetz so attraktiv gestalten, dass mehr Autofahrer das Fahrrad benutzen.

### **7.3 Die Filder schützen: Keine weitere Start- und Landebahn für den Flughafen**

Wir lehnen den Bau einer weiteren Start- und Landebahn für den Stuttgarter Flughafen ab. Der Verbrauch wertvoller landwirtschaftlicher Flächen und die weitere Verlärmung der Filderlandschaft sind nicht verantwortbar. Auch wenn der Widerstand der Bevölkerung in den Städten und Gemeinden um den Flughafen zunächst dazu geführt hat, dass die aktuellen Pläne zu dessen Ausbau in den Schubladen verschwunden sind, bleibt die Landesregierung für eine dauerhafte Lösung in der Pflicht, alternative Konzepte zur Befriedigung der Mobilität in Baden-Württemberg vorzulegen.

### **7.4 Freie Fahrt für den Öffentlichen Personennahverkehr**

Rückgrat einer humanen und modernen Mobilität in der Großstadt ist der Öffentliche Personen-Nahverkehr (ÖPNV). Stuttgart verfügt über ein im bundesdeutschen Vergleich gutes Nahverkehrsnetz. Durch den Ausbau der Stadtbahnen sind die Fahrgastzahlen deutlich gestiegen. Für einen nachhaltigen Beitrag zum Klimaschutz ist aber auch weiterhin ein offensiver Ausbau nötig. Der Anteil des ÖPNV am Gesamtverkehr muss in den kommenden Jahren deutlich steigen.

Die noch bestehenden Defizite sind erheblich: Auf der einen Seite drohen massive Kapazitätsprobleme in den Hauptverkehrszeiten, auf der anderen ist der ÖPNV in Stuttgart im Spätverkehr und am Wochenende zeitlich gegenüber dem PKW noch nicht konkurrenzfähig. Viele Siedlungsbereiche, Einkaufsstätten und Freizeiteinrichtungen sind nicht oder schlecht mit dem ÖPNV erreichbar. In den kommenden Jahren wollen wir alle in Planung befindlichen Stadtbahnlinien verwirklichen sowie in enger Zusammenarbeit mit dem Verband Region Stuttgart die S-Bahn und andere regionale Schienenverkehre fortentwickeln.

Daneben sind insbesondere Pünktlichkeit, Sauberkeit, Bezahlbarkeit und Sicherheit der S-Bahn zu verbessern. Wir setzen uns für eine einfachere Tarifstruktur und mehr Kurzstreckentarife ein. Für die Umsetzung der zusätzlichen Investitionsmaßnahmen und die Erweiterung des Fahrplanangebots

muss die bestehende Finanzierungsregelung verbessert werden. Wir setzen uns dafür ein, dass das Land seine dafür zur Verfügung stehenden Mittel erweitert und die Gewichte zu Gunsten des ÖPNV verschiebt.

Das gesamte ÖPNV-Netz ist für eine barrierefreie Nutzung weiter auszubauen, um dem Anspruch nach dem Behindertengleichstellungsgesetz gerecht zu werden. Wir brauchen au-

Die SPD steht zur Stuttgarter Straßenbahnen AG (SSB) als städtischem Nahverkehrsunternehmen. Sie ist das Rückgrat des ÖPNV in Stuttgart und damit verlässliches Instrument zur Steuerung und zur Gewährleistung eines guten Nahverkehrs in unserer Stadt.

Wir werden deshalb darauf drängen, dass die Stadt auch weiterhin ausreichend finanzielle Mittel zur Abdeckung der unvermeidlichen Ausgleichsbeiträge für die SSB bereitstellt.



Berdem attraktivere Takte im Wochenend- und Spätverkehr, besonders im Busbereich, eine Ausweitung des Nachtbusverkehrs und günstigere Tarife vor allem im Gelegenheitsverkehr sowie kostenlose Gruppenfahrten für Hort- und Schulklassen. Der ÖPNV hat im Straßenverkehr grundsätzlich absolute Vorfahrt.

### **7.5 Stuttgart 21: Wir stehen zu dem Projekt, weil es vernünftig ist**

Die Entscheidung, Stuttgart 21 zu realisieren, ist ein historischer Schritt für die Landeshauptstadt. Alle Prognosen zeigen, dass auf unsere Stadt in den kommenden Jahren erheblich mehr Verkehr zukommt als heute. Diesen Verkehrszuwachs meistern wir nur

mit der neuen Schieneninfrastruktur von Stuttgart 21, auf der deutlich mehr Züge nach Stuttgart fahren können als bei einem sanierten Kopfbahnhof. Auch unter städtebaulichen Gesichtspunkten ist Stuttgart 21 eine einmalige Chance für eine ökologische Stadtentwicklung.

In der Realisierungsphase wollen wir besonders auf die stadtverträgliche Gliederung der großen Baumassen achten, damit ein Innenstadtviertel mit breiter Nutzungs- und lebendiger Binnenstruktur entsteht, das unser Angebot ergänzt und anderen Quartieren nicht schadet. An der endgültigen Gestalt des Straßburger Platzes und der Bebauung an seiner Nordseite muss noch gefeilt werden. Das Bahnhofsumfeld muss sorgfältig so gestaltet werden dass sich der neue Bahnhof ins Quartier und in den Park gut einfügt.

Wir wollen durch breite Information noch bestehende Skepsis und Ängste in der Bevölkerung abbauen. Eine der wichtigsten Aufgaben der beteiligten Projektträger ist es, dafür zu sorgen, dass der Bauablauf die Stuttgarter Bevölkerung so wenig wie möglich belastet. Es ist eine dringende Aufgabe des Projektträgers Deutsche Bahn, in der Stadt und im Umland sowie bundesweit deutlich zu machen, dass auch während der Bauphase die Stuttgarter City erreichbar und interessant bleibt und vom direkten Bauablauf nur wenig beeinträchtigt wird.

## **7.6 Notwendige Straßenbauvorhaben realisieren**

Stuttgart braucht ein leistungsfähiges Straßennetz für den Berufs- und Wirtschaftsverkehr. Deshalb müssen die begonnenen Bauvorhaben im Zuge der B 10/B 27 (Heilbronner Straße/Rosensteintunnel/Schwanenplatz) in den nächsten Jahren fertig gestellt werden. Dies gilt auch für eine Reihe kleinerer Vorhaben des innerörtlichen Verkehrs.

Zur Entlastung von Lärm und Abgasen ist im Zuge der Ortsdurchfahrt der B 10/27 durch Zuffenhausen planerisch ein Tunnel vorzusehen. Wir wollen baldmöglichst einen Abriss der Auffahrtsrampe. Die nötigen Umbauten müssen mit dem künftigen Tunnel vereinbar sein. Ein autobahnähnlicher Nord-Ost-Ring von Kornwestheim über Stuttgarter Markung nach Fellbach ist aus ökologischen Gründen nicht zu verantworten. Er zerstört eine wichtige Naherholungslandschaft für die nördlichen Stuttgarter Stadtteile. Für den regionalen Verkehr genügt eine zweispurige Verbindung auf der Basis einer neuen Neckarbrücke und der Verknüpfung bestehender Landstraßen.

Wir treten weiterhin unbeirrt für die Südumfahrung von Hedelfingen und die Ostumfahrung von Riedenberg ein. Nach dem Scheitern der bisherigen Planungen muss nunmehr eine neue Trasse gefunden werden, die finanzierbar und damit realisierbar ist.

Dabei darf der Ausbau von Umgehungs- und Bündelungsstraßen nicht dazu führen, dass der Autoverkehr ins-

gesamt zunimmt. Vielmehr wollen wir zeitliche Rückbau- und Entlastungsmaßnahmen im nachgeordneten Straßennetz.

Die finanzielle Absicherung der notwendigen Bauvorhaben ist durch eine Nachfolgeregelung für das wegfallende Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz (GVFG) sicherzustellen. Hier ist die Landesregierung in der Verantwortung für die Funktionsfähigkeit des Verkehrs in Stuttgart.

### **7.7 Wunden schließen in der Stadt**

Ganz wichtig ist es, die immer noch bestehenden Spuren des Konzepts einer „autogerechten Stadt“ zu beseitigen oder zu mildern. Schließung von Unterführungen mit Ersatz durch ebenerdige Überquerungen, Rückbau unnötig groß dimensionierter Verkehrsflächen und die städtebauliche Aufwertung dieser Bereiche sind das Gebot der Stunde.

Die größte Herausforderung besteht darin, die Wunden an der Konrad-Adenauer-Straße bei der Kulturmeile sowie im Bereich Hauptstätter Straße/Österreichischer Platz zu heilen. Der geplanten Untertunnelung der Kulturmeile müssen zügig weitere Schritte folgen. Wir wollen, dass zwischen der Planie und dem Österreichischen Platz die B 14 und die Hauptstätter Straße zu einem Boulevard ausgebaut werden. Hier sind weitere Fußüberwege und Radwege anzulegen. Durch Geschwindigkeitsbegrenzungen können Lärm und Feinstaub verringert werden. Die Straßenränder sind mit Bäumen zu bepflanzen.

### **7.8 Vorrang für Fußgänger und Radfahrer**

Stuttgart muss auch und gerade im Verkehrsbereich eine menschengerechte Stadt werden. Vor allem die Stadtteile sind so zu gestalten, dass insbesondere Kinder und ältere Menschen vor den Gefahren des Autoverkehrs geschützt sind.

Das Potential für das Radfahren in Stuttgart ist bei weitem noch nicht ausgeschöpft. Leider blockiert eine Mehrheit im Gemeinderat seit über 20 Jahren die vernünftigen Radverkehrskonzeptionen sowohl inhaltlich als auch finanziell. Diese Blockade wollen wir überwinden und das Radwegenetz zügig ausbauen sowie durch eine informative Beschilderung benutzerfreundlicher gestalten.

### **7.9 Weniger Lärm und Luftschadstoffe auf Stuttgarts Strassen**

Lärm und Schadstoffe in der Luft machen krank. Seit vielen Jahren kämpfen wir deshalb für Lärminderungspläne und die Umsetzung der EU-Umgebungsrichtlinie, um damit die Lebensqualität in der Stadt zu verbessern. Der High-Tech-Stadt Stuttgart ziemt es, das gesamte Spektrum technischer Möglichkeiten für erheblich mehr Klimaschutz und weniger Lärm und Luftschadstoffe im Straßenraum einzusetzen.

Dazu gehört der forcierte Einsatz von regenerativen Energien bzw. alternativer Antriebsmöglichkeiten in der Fahrzeugtechnik, aktiver und passiver

Schutz vor Lärm durch den Einbau von Lärmschutzfenstern entlang besonders belasteter Straßen und Bahnlinien, der Einbau von Flüsterasphalt sowie insbesondere ein stadtverträgliches Geschwindigkeitsniveau auf allen Straßen. Mit Nachdruck setzen wir uns auch für die Wiedereinführung des bewährten LKW-Durchfahrverbots ein.

## 8. Eine ökologische und soziale Klima- und Energiepolitik für Stuttgart

Antworten auf den Klimawandel zu finden ist auch eine wesentliche Aufgabe der Kommunalpolitik. Technologische Konzepte werden weltweit entwickelt, ihre Umsetzung erfolgt jedoch auf lokaler Ebene. Die Einspeisung von Energie aus alternativer Produktion (Solar, Kraft-Wärme-Kopplung, Biogas, etc.) ist eine zentrale Energiequelle der Zukunft. Die Bedeutung von Stadtwerken für eine dezentrale und ökologisch ausgerichtete Energiepolitik wird in vielen Städten bestätigt. Auch für Stuttgart muss diese Option geprüft werden. Im Zuge der Neuordnung der städtischen Energie- und Wasserwirtschaft werden wir auf eine Antwort drängen.

### 8.1 Einsatz neuer Energien und Erhöhung der Energieeffizienz

Innovative und alternative technologische Konzepte sind dabei wichtig, aber nicht ausreichend. Erforderlich ist zuerst ein bewusster und konsequenter Umgang mit Ressourcen. Sozialdemokratische Klimapolitik ist gleichzeitig Sozialpolitik, weil sie durch intelligente

Einsparkonzepte Energiekosten vermeidet und damit auch die Nebenkosten der Wohnung vermindert. Gleichzeitig bieten dezentrale Maßnahmen einer zukunftsorientierten Energiepolitik Chancen für die örtliche Wirtschaft und für zusätzliche Arbeitsplätze.

Wir wollen, dass für alle städtischen Gebäude hocheffiziente Lösungen zur Verbesserung der Energiebilanz erarbeitet und umgesetzt werden. Energie-Plus-Siedlungen, innovative Energietechnik bei neuen Gebäuden und Wärmedämmung des Gebäudebestands sind weitere wichtige Elemente der städtischen Klimapolitik. Dazu werden Mindeststandards für die ökologische Sanierung des Altbaubestandes entwickelt und alternative Finanzierungsmodelle für Sanierungen ausgearbeitet.

In Neubau- und Gewerbegebieten werden wir die Kraft-Wärme-Kopplung, die Geothermie, die Anwendung der Solartechnik, den Ausbau von Nahwärmenetzen, den Bau von Biogasanlagen und damit die Energieeffizienz gezielt vorantreiben. Wir wollen die Installation von Fotovoltaikanlagen auf städtischen Gebäuden fördern.

### 8.2 Offensive Energieberatung und Berichterstattung

Eine offensive Energieberatung durch die Stadt ist zur Umsetzung klimarelevanter Ziele unabdingbar. Das bestehende Beratungsangebot ist deshalb auszuweiten. Alle Fördermöglichkeiten von Bund und Land sind optimal zu nutzen. Den Förderbetrag nach dem

Energiesparprogramm der Stadt wollen wir von derzeit 4 620 Euro auf 9 000 Euro erhöhen. Die regelmäßige Berichterstattung der Stadt zum Klimaschutz ist auszubauen. Sie soll insbesondere auch die Fortschritte im privaten Bereich einbeziehen.

## 9. Wohnen in Stuttgart

Während es in früheren Jahren primär um die Beseitigung des Mangels an und damit die Schaffung von bezahlbarem Wohnraum ging, kommt heute die Aufgabe hinzu, Wohnungspolitik auch im Blick auf die Veränderung der Bevölkerungsstruktur (Stichwort: Demografischer Wandel) zu betreiben. Die Menschen werden älter, und in Deutschland nimmt schon in wenigen Jahren die Zahl insgesamt ab. Werden Einwohnerverluste nicht ausgeglichen, droht ein Schrumpfen von Infrastruktur und wirtschaftlichem Wachstum. Dies wollen wir vermeiden.

### 9.1 Wohnraum für junge Familien – Wegzug ins Umland vermeiden

Die gezielte Verbesserung der Attraktivität Stuttgarts, insbesondere für Familien mit mittlerem Einkommen, ist Voraussetzung dafür, den Wegzug von Einwohnern ins Umland zu vermeiden. Notwendig sind wohnungspolitische Initiativen, die geeignet sind, junge Paare vor der Familiengründungsphase, aber auch Studierende und Studienabsolventinnen und -absolventen in Stuttgart zu halten.

Die Schaffung von Wohnraum kann nicht allein vom Markt befriedigt werden. Unser Ziel ist es, dass in den nächsten Jahren jährlich 1500 Wohnungen zusätzlich entstehen. Dazu bedürfen die in Stuttgart tätigen Wohnbaugesellschaften und -genossenschaften weiterhin der öffentlichen Förderung.

Neben dem Bau von erschwinglichen Mietwohnungen wollen wir die Erstellung von Eigentumswohnungen und Eigenheimen ermöglichen und unterstützen. Damit diese in ausreichender Zahl entstehen können, müssen die im Flächennutzungsplan ausgewiesenen Wohnbaugebiete mit Nachdruck baureif gemacht werden. In allen neuen Baugebieten sind 20 Prozent Wohnungen im geförderten Wohnungsbau vorzusehen. Es ist hier völlig kontraproduktiv, dass die Landesregierung die soziale Wohnbauförderung praktisch zum Erliegen gebracht hat. Die SPD verlangt deshalb, diese falsche Politik schnellstens zu beenden. Die räumliche Nähe von Wohnen und Arbeiten vermindert den Verkehr. Wir streben eine Stadt der kurzen Wege an.

### 9.2 Die SWSG bleibt städtisch

Wir stehen zu unserer Stuttgarter Wohnungs- und Städtebaugesellschaft (SWSG) und wollen ihre Existenz durch verlässliche Finanzierungsgrundlagen sichern. Die SWSG muss ihren Wohnungsbestand modernisieren und zügig den heutigen Wohn- und Klimastandards anpassen. Darüber hinaus ist der Wohnungsbestand durch Neubauten zu ergänzen. Wir brauchen nicht weniger, sondern mehr bezahl-

baren Wohnraum für alle Gruppen der Bevölkerung. Den Verkauf von großen Siedlungen lehnen wir ab.

### **9.3 Erfolgsmodell „Soziale Stadt“ weiterentwickeln**

Wichtig ist es auch, die Wohngebiete der Nachkriegszeit in ihrer Bedeutung und ihrer Attraktivität zu stärken. Ein wichtiges Instrument der städtebaulichen Förderung dieses Ziels ist das Bund-/Länderprogramm „Die soziale Stadt“. Dank der Initiative der SPD ist Stuttgart Vorreiter bei der Umsetzung dieses Programms.

Die durch den Bund geförderten Maßnahmen sind künftig durch eigene finanzielle Anstrengungen der Stadt zu ergänzen, damit die erzielten Erfolge dauerhaft abgesichert werden können. Besonderer Wert ist dabei auf eine ausgeglichene Alters- und Sozialstruktur der Bevölkerung zu legen.

### **9.4 Bauen – ohne weitere Zersiedelung der Landschaft**

Soll die Einwohnerzahl Stuttgarts stabil bleiben, sind nach den vorliegenden Prognosen bis zum Jahr 2020 die genannten 1500 neuen Wohnungen jährlich nötig. Dafür müssen die notwendigen Wohnbauflächen im Wesentlichen in Bestandsgebieten ausgewiesen werden. Gleichzeitig wollen wir die bestehenden landschaftlichen Freiräume von weiterer Bebauung frei halten. Die Ausweisung neuer Baugebiete wollen wir in jedem Falle an strenge Kriterien des Landschafts- und Klimaschutzes binden.

## **10. Sozialdemokratische Politik steht für Gerechtigkeit und Solidarität**

Gerechtigkeit herzustellen, ist und bleibt für uns Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten eine zentrale Aufgabe der Politik. Dies gilt auch für den Umgang mit den Beschäftigten in den städtischen Einrichtungen und ihren Interessenvertretungen. Der Respekt vor der Personalvertretung und den zuständigen Gewerkschaften sowie eine konstruktive Zusammenarbeit mit ihnen sind für die SPD selbstverständlich.

Wir stehen für eine kompetente, solide und solidarische Haushaltspolitik. In der Finanzpolitik bedeutet Gerechtigkeit in erster Linie Generationengerechtigkeit.

Stuttgart braucht wie alle Städte eine solide Finanzbasis. Die Einnahmen aus der Gewerbesteuer sind für Stuttgart dabei von zentraler Bedeutung. Wir begrüßen, dass die SPD auf Bundesebene erfolgreich für deren Erhalt gekämpft hat. Nur so kann erreicht werden, dass die städtischen Dienstleistungen und Investitionen auch in der Zukunft erhalten und gesichert werden. Wir fordern die Rücknahme der Grundsteuersenkung. Wir setzen uns für die Finanzierung jener öffentlichen Aufgaben ein, die sich an den Interessen der Stuttgarter Bürgerinnen und Bürger orientieren. Einen Sparkurs um des Sparens willen lehnen wir ebenso ab wie die Finanzierung des Haushalts über den Verkauf von städtischem Vermögen.



Sozialdemokratische Politik bedeutet:  
Verlässlichkeit für die Bürgerinnen  
und Bürger, Wahrung der Belange der  
gesamten Bevölkerung und Ausgleich  
der Interessen zu Gunsten der sozial  
Schwächeren, ökonomische Vernunft  
bei der Weiterentwicklung unseres  
Wirtschaftsstandorts und Handeln  
für eine gesunde Umwelt auch in der  
Zukunft.

**Wir wollen mehr Stuttgart für alle.**

# Wir sind besser,

weil wir für **bezahlbare Dienste** unserer Stadt und **gegen Privatisierung** sind.

weil wir unsere **Wasser- und Energieversorgung** in Stuttgart **zurückkaufen** werden.

weil wir für **gute Arbeit in Stuttgart** gerade in der Wirtschaftskrise eintreten.

weil wir mit **erneuerbaren Energien neue Arbeitsplätze** in Stuttgart schaffen.

weil wir uns für **bezahlbare Wohnungen** in Stuttgart einsetzen.

weil nur wir **beitragsfreie Kindergärten** in Stuttgart wollen.

weil wir jedem Kind **auch unter 3 Jahren** einen **Betreuungsplatz** in Stuttgart bieten.

weil wir **lebendige Stadtbezirke** mit hoher Lebensqualität gestalten.

weil nur wir die **Bezirksbeiräte direkt** von der Bürgerschaft **wählen lassen**.

weil wir **mehr Stuttgart für ALLE** wollen.



SPD-Kreisgeschäftsstelle  
Werastraße 10  
70182 Stuttgart

Telefon: 0711 / 23 71 991-0  
Fax: 0711 / 23 71 991-9  
info@spd-stuttgart.de  
www.wir-sind-besser.de